



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/44

21. Februar 1951

Hinweise
auf den Inhalt:

Die Bundesregierung in Nöten	S. 1
Der Diplomatenkampf um den 38. Breitengrad	S. 3
Es kriselt in Kiel	S. 4
Westdeutschland verstädtert wieder	S. 6

Staatskrise mangels Vertrauen

-nn. Vizekanzler Blücher hat das offene Wort von der Vertrauenskrise zwischen Volk und Regierung gesprochen. Bundesfinanzminister Schäffer hat seine zweideutige Parole "Brot oder Pralinen" mit der eindeutigen Bemerkung interpretiert, die Bundesrepublik gehe an der Gewinnsucht einiger weniger zu Grunde. Schon diese beiden Äusserungen zeigen, dass es in Bonn zu dämmern beginnt. Bundeskanzler Adenauer, der im Sommer noch glaubte, über eine verkappte oder offene Remilitarisierung zu einer Art "nationalem Befreier" aufsteigen zu können, hat mit seiner Aussenpolitik völlig Schiffbruch gelitten. Wirtschaftsminister Erhard sagt sich selber tot, wenn er zu der auf einzelnen Gebieten bereits bestehenden Bewirtschaftung erklärt, dass diese nur über seine Leiche kommen könne. Finanzminister Schäffer schliesslich will die Konsumbeschränkung des Erhardplanes durch Sonderumsatzsteuern für alle Waren übertrumpfen, die unter den weiten Begriff des Nicht-Lebenswichtigen fallen.

Der Bankrott der Bonner Regierung zeichnet sich ab. Für die Parteien, die vom ersten Tage an zu dieser Regierung in schärfster Opposition gestanden haben, ist dies kein Anlass zum billigen Triumph. Zu gross ist der Missbrauch, den diese Regierung mit dem Vertrauen von Millionen Gutgläubiger getrieben hat, zu bitter sind die Konsequenzen für die Schwachen und Notleidenden, als dass die Freude darüber, daß man recht behalten hat, das Bedauern über die sinnlos vertanen Möglichkeiten dieses jungen Staatswesens vertreiben könnte. Nur gegen

eines muss mit aller Entschiedenheit Front gemacht werden: Dass diese Regierung sich erdreistet, das Volk zu beschuldigen, es habe ihm das notwendige Vertrauen versagt! Verantwortung und Schuld gehören hier im absoluten Sinne zusammen, und niemand wird die Regierung davon entlasten.

Der Bundesminister, der jetzt die nationalen Vorzüge der britischen Labour-Politik zu loben beginnt, hat offenbar die Kübel von Schmähungen vergessen, die seine Kabinettskollegen jahrelang mit unverdriesslicher Hartnäckigkeit über die fremde Regierung ausgegossen haben, um damit die deutsche Sozialdemokratie zu treffen. Die Zeit des Abtretens ist für diese Regierung in der Tat gekommen, wenn ihre Minister von dem Mangel an "nationaler Disziplin" zu reden beginnen und das Fehlen jeglicher Staatsautorität beklagen.

Es ist wahr, dass die Bevölkerung zu dieser Regierung kein Vertrauen mehr hat. Es trifft aber nicht zu, dass dieses Volk gegen jede staatliche Autorität an sich eingenommen sei. Die platte Lüge von der Gleichsetzung nationalsozialistischer Kriegswirtschaft mit vorausschauender Führung, politischer Konzeption, gerechter Verteilung der materiellen Mittel und der unvermeidlichen Lasten gab der Regierung das Alibi für eine Politik der Programmlosigkeit und des Lavierens. Der Staatsbürger hatte genug von einer Kriegswirtschaft, die mit zunehmender Entwertung des Geldes im Sumpf der Anarchie geendet war. Er wollte in der Masse aber nicht die Freizügigkeit des Geldverdienens einiger weniger auf seine Kosten. Der Staatsbürger will die staatliche Autorität der sozialen Gerechtigkeit, aber nicht die staatlich geförderte Bereicherung der Privilegierten. Dieser deutsche Staatsbürger bejaht auch die nationale Disziplin und das Opfer für die Gemeinschaft, freilich nur, wenn es ihm sinnvoll erscheint.

Am Ende zahlt sich auch in der Politik alles aus. Gewiss steht die Gestaltung unseres Schicksals nicht allein in unserer Macht. Die Verantwortlichen müssen aber danach beurteilt werden, ob und wie sie den Staat gegen die Wechselfälle gesichert haben. So ist Korea ebenso wenig eine Entlastung wie das bevorstehende Ende des Marshall-Plans. Ob der völlige Bankerott durch allzu grosse Anfälligkeit gegenüber plötzlichen Krisenerscheinungen oder durch Ereignisse, die man hätte voraussehen können und müssen, sichtbar wird, macht im Grunde keinen Unterschied. Jedermann wusste, dass wir über unsere Verhältnisse gelebt haben. Es ist und bleibt das blamable Verdienst dieser Regierung, damit noch geprotzt zu haben. Die Quittung dafür wird nicht ausbleiben.

Der 38. Breitengrad wieder aktuell

f. " Das Gerade von einem Überschreiten des 38. Breitengrades ist beim gegenwärtigen Stand des Feldzuges vollkommen akademisch". So hiess es noch vor einer Woche in einer Erklärung McArthurs nach einem Besuch an der koreanischen Front. Der gereizte Ton verrät deutlich die Sprache des Generals. Die Erklärung erschien einen Tag nachdem der englische Premierminister Attlee im Unterhaus mit Nachdruck betont hatte: "Die britische Regierung vertritt die Ansicht, dass der 38. Breitengrad nicht wieder überschritten werden soll, bevor die Frage mit den Vereinten Nationen und besonders mit den Mitgliedsstaaten, deren Streitkräfte in Korea stehen, eingehend beraten worden ist."

Der General sieht das Problem begreiflicherweise militärisch, der englische Premier politisch. Aber es kann kein ernstlicher Zweifel mehr darüber bestehen, dass die Entscheidung, ob der ominöse 38. Breitengrad zum zweiten Mal überschritten werden soll, falls die militärischen Möglichkeiten dazu gegeben sind, in erster Linie ein politisches Problem von grosser Tragweite ist. Die verhängnisvollen Folgen der ersten Überschreitung haben inzwischen darüber völlig unmissverständlich Aufklärung gegeben. Es ist, militärisch gesehen, gewiss schwierig, eine Grenze respektieren zu wollen, die völlig willkürlich gewählt ist. Ein Breitengrad, der zwei feindliche Welten trennt, kann auf die Dauer keine Grenze sein, und er kann vor allem nicht verteidigt werden, wenn die eine oder die andere Seite ihn überschreiten will. Aber es war nicht der ursprüngliche Auftrag der Vereinten Nationen, das kommunistische Regime Nordkoreas zu beseitigen und konnte es nicht sein. Der Auftrag lautete, die nordkoreanische Aggression gegen südkoreanisches Gebiet zurückzuschlagen. Dieser Auftrag war am 38. Breitengrad erfüllt. Jeder Krieg birgt die Gefahr, dass er sich den Händen der Politiker entwindet und vollends in die der Generale gerät. Das ist auch mit der "Polizeiaktion" in Korea geschehen.

Nun hat Präsident Truman eine Erklärung abgegeben, die viel Staub aufwirbeln wird: das Hauptquartier in Tokio habe noch immer die Genehmigung der Vereinten Nationen, den 38. Breitengrad zu überschreiten; ob es von dieser Genehmigung Gebrauch mache, sei eine strategische Frage, die General McArthur zu entscheiden habe. Die Genehmigung, auf die sich

Truman bezieht, ist in einer sehr unklar formulierten Empfehlung der Vereinten Nationen enthalten, die seinerzeit Operationen nördlich des Breitengrades ermöglichte. Der britischen Regierung und den anderen Regierungen, denen die Frage der zweiten Überschreitung grosse Sorgen bereitet, war die Empfehlung bekannt. Dass Attlee dennoch die zitierte Erklärung abgab, lässt seinen begreiflichen Wunsch erkennen, diese Frage im Lichte der bösen Erfahrungen neu zu prüfen. Es ist richtig, dass dabei strategische Notwendigkeiten berücksichtigt werden müssen. Aber dem General McArthur die Entscheidung zu überlassen, ist eine Frage des Vertrauens in seine politische Urteilsfähigkeit, das bereits einmal schwer erschüttert worden ist. Einer der Gründe des chinesischen Eingreifens war das starke Misstrauen gerade gegen McArthur.

Die Erklärung Trumans, die wie eine ziemlich bruske Antwort an Attlee erscheint, wird auf scharfe Kritik stossen, namentlich in England. Sie lässt auf eine Hartnäckigkeit und Unzugänglichkeit Washingtons in der koreanischen und chinesischen Frage schliessen, die zu einem neuen Konflikt innerhalb der westlichen Welt führen kann.

Es kriselt in Kiel

=====
(sp) Kiel, im Februar 1951

Walter Bartram, Regierungschef von Schleswig-Holstein, ist in einer mehr als peinlichen Lage. Während auf seinem Schreibtisch von Tag zu Tag der Stoss mit Eingaben, Zuschriften und Resolutionen aus dem ganzen Lande wächst, die alle eine Absetzung der für den 29. April vorgesehenen Kommunalwahlen verlangen, steht hinter ihm sein Stellvertreter, Waldemar Kraft vom BHE, und pocht unerbittlich auf das Versprechen bei der Bildung der Koalition, diese Wahlen anderthalb Jahre vor dem gesetzlichen Datum durchführen zu lassen. Ministerpräsident Bartram spricht ob dieses Dilemmas bereits von einer Regierungskrise.

Als am 14. April 1948 die jetzigen Gemeinde- und Kreisparlamente gewählt wurden, war der BHE noch nicht als Wahlwerber aufgetreten. Die Stimmen der Vertriebenen, bei den Landtagswahlen im Juli 1950 unter der Firma BHE, so demonstrativ in Erscheinung getreten, hatten sich damals teils auf die "klassischen" Parteien, teils auf kommunale Verlegenheitsgründungen aufgesplittert. Das widerspricht nach Ansicht des BHE den heutigen Verhältnissen und darum lautete die Kardinalforderung Krafts

bei den Koalitionsverhandlungen im Juli 1950: vorzeitige Kommunalwahlen, so früh wie möglich. Die SPD, die zuerst mit Kraft am Zuge war, lehnte diese Forderung ab. Nicht zuletzt ist daran die Koalition SPD-BHE gescheitert. Anders der bürgerliche Wahlblock. Leichtfertig versprach man Kraft, was er verlangte; man hatte dabei entweder die Stimmung unter der eigenen Wählerschaft verkannt oder gehofft, Kraft von seiner Forderung abzubringen, sobald man ihn an der gemeinsamen Regierungskrippe habe. Aber selbst wenn er wollte, könnte Kraft nicht zurück; allzueft hat er seinen Anhängern die baldige Eroberung der Gemeindestuben versprochen. In 1 1/2 Jahren, das weiss auch Kraft, lässt sich das Eisen des BHE nicht mehr so schmieden wie heute.

Kaum hatte der neu konstituierte Landtag durch Gesetz die Vorverlegung der Kommunalwahlen auf Ende April 1951 beschlossen, setzte im ganzen Lande Lawinenartig eine Gegenbewegung ein. Schon bei der Abstimmung im Landtag hatten sich vier Abgeordnete des Wahlblocks gegen das Gesetz ausgesprochen, fünf der Stimme enthalten. Aus seiner eigenen Partei musste Bartram hören, dass die Kommunalwahlen die Kluft zwischen Einheimischen und Vertriebenen katastrophal aufreissen und so das Land in noch grössere Beunruhigung stürzen werde, als durch die Landtagswahlen geschehen. Tatsächlich hat die Vorverlegung der Wahlen der Einheimischen-Bewegung den grössten Zulauf gebracht. Ein weiteres, für Schleswig-Holstein nicht unwesentliches Argument ist die finanzielle Belastung.

Aber Kraft will nicht und Bartram kann nicht locker lassen. Da holte sich die eigene Oppositionsgruppe in der CDU ein schweres Geschütz aus Bonn: die CDU-Zeitung von Kiel veröffentlichte ein Interview mit dem Bundeskanzler, in dem dieser sich mit den gleichen Argumenten wie die SPD gegen die Kommunalwahlen ausspricht ("...grösste Verwirrung und grösstes Unheil anrichten").

Bartram fuhr nach Bonn, kam unverrichteter Dinge zurück und warf seinen letzten Trumpf auf den Tisch: das könne zu einer Sprengung der Koalition, zur Landtagsauflösung und zu neuen Landtagswahlen führen. Dann wäre das Malheur noch grösser. Aber er musste sich von einer überparteilichen Zeitung des Landes sagen lassen: "Es gibt ja auch im gegenwärtigen Landtag noch mehr als eine Koalitionsmöglichkeit, die

ausgeschöpft werden müsste, ehe man sich zur Auflösung des Landtage entschliesst."

Vielleicht wird es eine Krise geben, aber nur für Bartram. Während der Ministerpräsident verzweifelt an die Wände der Sackgasse prallt, in die er sich durch eigene Schuld "verfranzt" hat, regen sich im Schosse seiner Partei Kräfte, die am Sturz des allzu rasch ins Kraut geschessenen Politikers Bartram arbeiten. Nicht nur wegen der Kommunalwahlen.

Westdeutschland verstädtert wieder

sp. Die Volkszählung vom 13. September 1950 wird, wenn sie in ihren Ergebnissen erst einmal verarbeitet ist, über die blossen Bevölkerungszahlen hinaus interessante Aufschlüsse über die deutsche Nachkriegsentwicklung überhaupt ermöglichen. Schon heute lässt sich z.B. erkennen, in welchem Umfange unsere Städte die Verluste wieder aufgeholt haben, die sie während des Krieges erlitten.

Die Wissenschaft spricht seit langem von einer zunehmenden Verstädterung. Seit dem 19. Jahrhundert, dem Beginn der Industrialisierung, zogen die Städte einen immer grösser werdenden Teil der Bevölkerung an sich und eine nach der andern wurde zur Großstadt. 1939 besass das Gebiet der heutigen Bundesrepublik bereits 39 Großstädte.

In den letzten Jahren vor dem Kriege hatte sich diese Entwicklung verlangsamt. Ursache davon war der Luftkrieg, lange bevor er ausbrach: das mit ihm rechnende Dritte Reich verlegte die neugegründeten Rüstungsindustrien absichtlich aufs Land. Während des Krieges selbst wurde diese rückläufige Bewegung dann gewaltig verstärkt. Es setzte die Flucht aus der Großstadt, die Evakuierung der grossen Wohnzentren ein. Aber nach dem Kriegsende begann die grosse Rückwanderung in die Stadt, und die ersten Volkszählungsergebnisse lassen erkennen, wie weit sie bereits gediehen ist.

Die Einwohnerzahl der westdeutschen Großstädte war im Mai 1945 von 12,3 auf 10 Millionen gesunken drei von den 39 westdeutschen Großstädten hatten ihren Großstadtrang verloren. Heute ist dieser Rückgang

mehr als ausgeglichen. Die Gesamteinwohnerzahl der westdeutschen Großstädte ist auf 12,9 Millionen gestiegen. Freilich hat sich nicht die Einwohnerzahl jeder einzelnen Großstadt erhöht; im Gegenteil, vor allem bei den grösseren von ihnen liegt sie auch jetzt noch um einige Prozent unter dem Vorkriegsstand. Die Erhöhung auf 12,9 Millionen kam vor allem dadurch zustande, dass sieben westdeutsche Städte - Herne, Regensburg, Recklinghausen, Heidelberg, Oldenburg, Flensburg und Watenstedt-Salzgitter - neu in die Reihe der Großstädte aufgestiegen sind und diesen dabei insgesamt 770 000 Einwohner neu hinzugebracht haben.

Von den alten Großstädten haben die grossen im Durchschnitt zurzeit erst wieder 93% ihrer Vorkriegseinwohnerzahl erreicht. Noch unter diesem Durchschnitt liegen Essen mit 91, Wuppertal mit 90, Nürnberg mit 86, Mannheim mit 85 und, am tiefsten von allen, Köln mit 77 Prozent. Die kleineren Großstädte dagegen, deren Einwohnerzahl weniger als eine Viertel-million beträgt, haben zum grösseren Teil ihren früheren Stand bereits überschritten. Bereits 1947 hatten Lübeck 159, Württh 124, Wiesbaden 114, Bielefeld und Recklinghausen 112, Braunschweig 105 Prozent der Vorkriegsbevölkerung erreicht. Und von den Städten unter 100 000 wiesen Göttingen, Bamberg, Neumünster, Esslingen, Bayreuth, Cella, Ludwigsburg, Hof, Lüneburg, Koburg, Goslar usw. durchweg Zunahmen von 120 - 150 Prozent der Vorkriegszahlen auf. Relative Unzerstörtheit auf der einen, ein starker Flüchtlingszustrom auf der anderen Seite waren die Ursache einer Vergrösserung, die bei den oben erwähnten sieben Städten bis zum Überschreiten der 100 000 Grenze geführt hat.

Der grosse Rückstrom in die Städte hat nun zwar nachgelassen, aber er ist keineswegs abgeschlossen. Städte wie Köln haben noch fast 200 000 ihrer ehemaligen Einwohner in der Fremde, und ein grosser Teil von ihnen wünscht die Rückkehr. Mit dem fortschreitenden Wiederaufbau wird die Einwohnerzahl noch einmal wachsen und dann wird auch bei den grossen unter den Großstädten der alte Stand nicht nur erreicht, sondern wahrscheinlich überschritten werden. Die grosse Pause nähert sich dem Ende, die Verstädterung geht von neuem weiter.

Alle bevölkerungs- und sozialpolitischen Probleme, die die Verstädterung einst entstehen liess, sind wieder aufgelebt. Zum Teil haben sie sich verschärft, zum Teil sind die Bedingungen für ihre Lösung noch ungünstiger geworden. Eine Riesenaufgabe ist hier gestellt. M.

+ + +

COMISCO kondoliert

sp. Zum Ableben von Dr. h.c. Hans Böckler erhielt der Parteivorstand der SED folgendes Telegramm:

"COMISCO tief erschüttert durch Böcklers Tod. Sendet aufrichtiges Beileid. Internationale Sozialisten ehren in Böckler aufrichtigen und weisen Vorkämpfer für Arbeiterrechte und Freiheitsideale. Böckler wird in Erinnerung fortleben als Verkörperung des Ideals der deutschen Arbeiterklasse. Morgan Philipps, Vorsitzender - Julius Brauntaal, Sekretär.

+

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt